

## **COPYRIGHT**

**Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwertet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung von Deutschlandradio Kultur benutzt werden.**

**Deutschlandradio Kultur**

**Länderreport  
7.2.2012, 13.07 Uhr**

## **Es ginge auch anders**

**- Nur SPAREN hilft den Kommunen in SH auch nicht -**

Autor Dietrich Mohaupt Beitrag 1 : 3'22" / Beitrag 2 : 14'21")

Red. Claus Stephan Rehfeld

Sdg. 07.02.2012 - 13.07 Uhr

Länge 20.02 Minuten

### **Moderation**

(in vorproduzierter Sendung / siehe Script)

**folgt Script Sendung**

## Script Sendung

M 01 ErkMu

REGIE Musik kurz frei & unter Moderator legen

**MOD** Es ginge auch anders. Nur SPAREN hilft den Kommunen auch nicht. Am Mikrofon begrüßt Sie Claus Stephan Rehfeld.

REGIE Musik kurz frei & unter Moderator weg

**MOD** Die finanzielle Lage der Kommunen in Schleswig-Holstein ist bekannt, also beklemmend. Aber wie nun raus aus der Schuldenfalle? Mancher Politiker im nördlichsten Bundesland richtet immer häufige begehrlche Blicke noch weiter nach Norden. In Dänemark haben nämlich die Kommunen einen völlig anderen Stellenwert im politischen System - und das schlägt sich auch in ihren Finanzen nieder. Dort entscheiden die Kommunen über die Höhe der Einkommenssteuer, kassieren den größten Teil dieser Steuern direkt und entscheiden auch autark über die Verwendung der Gelder. In Deutschland dagegen stehen die Kommunen am Ende der Empfängerliste.

Die Kieler Landespolitik und ihre Kommunen. Ein Überblick von Dietrich Mohaupt.

### **LR-k Landespolitik / Mohaupt – 3'22"**

AUTOR

Den deutschen Kommunen steht finanziell das Wasser bis zum Hals – und das nicht erst seit gestern, betont Jörg Bülow vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag. Es fehlt Geld in den Haushaltskassen – sowohl in den kleinen Orten auf dem Land, als auch in den großen Städten.

**Bülow**

***„Insgesamt sind die Gemeinden in ganz Deutschland unterfinanziert. Das zeigt sich schon daran, dass in den letzten 20 Jahren gerade fünf Mal die Haushalte der Kommunen – über alle Kommunen hinweg – ausgeglichen werden konnten. In all den anderen Jahren haben die Kommunen teils relativ hohe Defizite einfahren müssen. Dies gilt im Trend auch für die schleswig-holsteinischen Gemeinden.“***

AUTOR

... und zwar vor allem in den Jahren nach 2007. Was als Bankenkrise in den USA begonnen hat, ist auch an Schleswig-Holstein nicht spurlos vorbeigegangen, erläutert der Präsident des

Landesrechnungshofs, Alois Altmann. Aber – er sieht auch einen schwachen Lichtschimmer am Ende des Tunnels.

**Altmann**

***„Die Finanzlage der Kommunen hat sich natürlich auch in Schleswig-Holstein in der Finanzkrise dramatisch verschlechtert, die Schulden sind auf über 800 Mio. € angewachsen. Wir werden im Jahre 2012 voraussichtlich wieder den Status erreichen, den wir vor der Finanzkrise hatten.“***

AUTOR

Und damit meint er die Einnahmen der Kommunen – die, vor allem auf Grund der positiven Konjunktorentwicklung, zuletzt wieder deutlich zugenommen haben, ähnlich stark, wie die Einnahmen von Bund und Ländern. So weit, so gut – aber:

**Altmann**

***„Das erschließt natürlich keine Möglichkeiten für zusätzliche Ausgaben sondern das eröffnet die Möglichkeit, die Konsolidierung der kommunalen Finanzen einzuleiten wie wir sie gefordert haben und wie wir sie auch für möglich halten.“***

AUTOR

Gefordert hat der Landesrechnungshof schon vor einigen Jahren eine Reform der Verwaltungsstrukturen vor allem im Bereich der kleineren Gemeinden im Land. Die Ebene der Ämter, also die Strukturen zwischen den kleinen Dörfern und den Kreisen, schien dabei immer ein besonders lohnendes Ziel für Sparbemühungen.

**Altmann**

***„Wir haben vor Jahren die Empfehlung gegeben im kreisangehörigen Bereich zu neuen Ämterstrukturen zu kommen. Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen und siehe da: Unsere Annahmen hinsichtlich der Möglichkeiten einzusparen sind nicht nur eingetroffen sondern übertroffen worden.“***

AUTOR

Ganz ähnliche Effekte hatten sich die Experten vom Landesrechnungshof auch von einer geplanten Kreis- und Gemeindegebietsreform erwartet. Seit 2008 wird immer wieder diskutiert, z.B. die Zahl der Kreise auf vier bis sechs und die Zahl der kreisfreien Städte auf zwei oder gar keine zu reduzieren

– politisch war das bisher aber nicht durchsetzbar, sehr zum Leidwesen des Präsidenten des Landesrechnungshofs.

#### **Altmann**

***„Die 4 kreisfreien Städte und 11 Landkreise in Schleswig-Holstein könnten anders organisiert um 60, 80, 100 Mio. € kostengünstiger in der Verwaltung sein – übrigens nicht nur kostengünstiger, sondern auch besser.“***

#### AUTOR

Eine in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse soll das mit über 27 Mrd. € verschuldete Schleswig-Holstein finanziell wieder auf Kurs bringen – eisern sparen, lautet dabei die Devise der Landesregierung. Und genau das verlangt sie auch von den Kommunen im Land. Die wiederum sehen sich längst am Ende der Fahnenstange angelangt – nur sparen hilft nicht weiter, es muss sich grundsätzlich etwas ändern am System der Gemeindefinanzierung, fordern deshalb immer wieder Vertreter der kommunalen Familie.

#### **-ENDE Mohaupt 1-**

**MOD** Die Zahl der Kommunen mit teils erheblichem Haushaltsdefizit ist von 71 im Jahr 2008 auf 198 im Jahr 2010 angestiegen. Hat sich also in 3 Jahren fast verdreifacht. Sind Kommunalpolitiker wirklich so dumm oder stimmt etwas mit dem Finanzsystem nicht? Gerade erst beschloß der Landtag mit Stimmen der schwarz-gelben Koalition einen „Konsolidierungsfonds“ – Geld gibt es nur, wenn sich die Gemeinden einem knallharten Spardiktat des Landes unterwerfen. Kann man sich tatsächlich einfach so reich sparen? Oder hilft doch eher ein Blick über die Landesgrenzen hinweg?  
Kommunen in Schleswig-Holstein und andernorts.

#### **LR-I Kommunalpolitik / Mohaupt – 14'21"**

#### AUTOR

Eine Stunde etwa dauert die Autofahrt von Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel ganz in den Norden an die dänische Grenze, nach Flensburg. Es ist eine Fahrt in eine Grenzregion, in der auf deutscher Seite so manch einer sehr interessiert auf das schaut, was jenseits der Grenze in Sachen Gemeindefinanzierung so passiert. Silke Hinrichsen, Landtagsabgeordnete der Partei der dänischen Minderheit, des südschleswigschen Wählerverbandes SSW, gehört zu diesem Personenkreis. Seit ein paar Jahren schon setzt sie sich vehement für das „dänische Modell“ ein, dessen Vorzüge sie im Grenzland fast täglich direkt erleben kann.

**Hinrichsen**

***„Wir leben mit dem Modell ja auch schon, weil wir auch hier in der Grenzfläche natürlich auch stark zusammenarbeiten. Und da wäre es sehr schön, wenn man (auch) die positiven Beispiele, die es gerade aus Dänemark für Gemeindefinanzierung gibt, übernehmen würde.“***

AUTOR

Eigentlich ist es ganz einfach, meint Silke Hinrichsen. In Deutschland ist der Einkommenssteuersatz überall gleich hoch. Vom gesamten Steueraufkommen bundesweit erhalten die Kommunen über Zuweisungen einen bestimmten Anteil. In Dänemark dagegen kassieren die Gemeinden direkt einen Großteil der Einkommenssteuer – und sie legen auch selber die Höhe des Steuersatzes fest.

**Hinrichsen**

***„Wenn ich z.B. in Brunsbüttel wohne, zahle ich genau so viel Steuern wie in Flensburg. Ich habe aber in Brunsbüttel glaube ich nicht ganz so ein großes Angebot kommunal, wie z.B. hier in Flensburg. Und da finde ich es eigentlich sinnvoll, dass – wenn man ein gutes Angebot hat vor Ort für alles, z.B. auch für einen Kindergarten – dass dann dafür auch ich, die ich hier Bewohnerin der Stadt bin, meinen Solidarbeitrag zu leisten habe, nämlich z.B. 1 Prozent mehr Kommunalsteuer, damit der Kindergarten ganz schick ausgebaut werden kann.“***

AUTOR

Die Bürger einer Gemeinde, bzw. in ihrem Auftrag die Kommunalpolitiker, können also in Dänemark direkt mit darüber entscheiden, welche finanziellen Mittel der Gemeinde für bestimmte Projekte zu Verfügung stehen – oder auch nicht. In Deutschland funktioniert das anders – Jörg Bülow vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag erläutert das deutsche Grundprinzip der Gemeindefinanzierung.

**Bülow**

***„Die Einnahmen der Gemeinden sind derzeit nur zu einem sehr kleinen Teil gestaltbar in Deutschland. Das heißt die Kommunen können von der Höhe her überhaupt nur mitentscheiden vor allem bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, die machen aber weniger als ein Drittel der kommunalen Einnahmen aus. Bei allen anderen Einnahmen sind die Kommunen auf Zuweisungen angewiesen, über deren Höhe letztlich andere entscheiden.“***

AUTOR

Und dazu kommt dann auch noch, dass Bund und Länder den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen ohne dafür auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Genau das ist auch für den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, Torsten Albig, das entscheidende Problem. Ein Schuldenberg von 419 Mio. €, im aktuellen Haushalt klafft eine Finanzierungslücke von knapp 70 Mio. € - eben weil die Stadt für Straßen und Fahrradwege z.B., für Bildungs- und soziale Einrichtungen oder für die soziale Absicherung ihrer Bürger viel mehr Geld ausgeben muss, als sie einnimmt. Natürlich, meint Torsten Albig, müssen diese Ausgaben sein – aber:

#### **Albig**

***„Das ist nicht was aus dem tiefen Willen von Kommune kommt, sondern das ist weil Menschen hier leben. Und die Gesellschaft hat irgendwann mal erklärt oder definiert, dass das auch Kommunen tragen müssen. Und die große Frage ist: Werden wir dafür hinreichend ausgestattet. Das ist das, was nicht nur unserer Stadt sondern der gesamten kommunalen Familie wirklich wie ein Wackerstein auf der Seele liegt. Das immer mehr von uns erwartet wird und immer da wenn wir fragen oder wo wir fragen: Wo kommt das Geld dafür her? die Antwort ist: Das müsst ihr irgendwie ersparen.“***

#### AUTOR

Dieses Sparen – diese Vorstellung, allein mit Kürzungen die kommunalen Finanzen nachhaltig in den Griff bekommen zu können, das ist dem Kieler Oberbürgermeister zu kurz gedacht. Nichts gegen Sparsamkeit, wo sie verhindert, dass Geld verschleudert wird – aber nur Sparen, das hilft den Kommunen wirklich nicht mehr weiter, betont auch er. Es muss sich ganz dringend etwas ändern, die Gemeinde als Baustein des politischen Systems muss mehr Wertschätzung – im wahrsten Sinne des Wortes – erfahren, fordert Torsten Albig.

#### **Albig**

***„Diese Debatte zu führen in Deutschland, das ist schon lange, lange gerade bei den Städten etwas, wo wir Antworten haben wollen und endlich mal so von dieser ... vom Katzentisch der Gesellschaft in den Mittelpunkt der Tafel gerückt werden wollen und sagen: Da wo ihr das Essen aufischt, da wollen wir dabei sein, wir brauchen einen vernünftigen Teil von dem was auf dem Tisch drauf steht, wir brauchen nicht nur die Krumen die übrig bleiben, wenn sich Länder und Bund bedient haben. Das ist im Kern die Ursache dafür, dass wir strukturelle Defizite haben in Städten.“***

#### AUTOR

Der Weg aus der kommunalen Schuldenfalle ist für Torsten Albig also klar vorgezeichnet. Mehr Einfluss der Kommunen bei der Verteilung des Steueraufkommens – das ist der wichtigste Schritt, meint er. Nur wenig hat er für Ideen übrig, die es – nach dänischem Vorbild – den Gemeinden ermöglichen sollen, die Höhe der Einkommenssteuer für ihre Bewohner selbst festzulegen. Solche Modelle berücksichtigen seiner Meinung nach nicht ausreichend, dass es wesentliche Unterschiede zwischen Gemeinden gibt.

#### **Albig**

***„Es gibt durchaus ja stärkere und schwächere Kommunen, die aber nicht deswegen stärker oder schwächer sind weil da klügere oder dümmere Leute die Verantwortung haben, sondern weil ihre Rahmenbedingungen anders sind. Es ist etwas anderes, ob sie in einer Kreisgemeinde sitzen, in der sie so gut wie keine Menschen haben mit sozialen Problemen, oder in einer großen Stadt wie Kiel, wo auch all die Menschen leben – und die leben ja nicht in den kleinen Gemeinden um uns herum – denen es nicht ganz so gut geht in unserer Gesellschaft, für die wir Sorge tragen müssen.“***

#### AUTOR

Stärkere und schwächere Kommunen – alle müssen die gleichen Chancen haben, ihre Finanzen nachhaltig in den Griff zu bekommen, betont Torsten Albig. Und da scheint ihm das „dänische Modell“ doch einige Schwächen zu haben, die für die Kommunen eher Risiken als Vorteile mit sich bringen

#### **Albig**

***„Wir dürfen nicht in einen Wettbewerb dieser Kommunen untereinander geraten, das ist ganz, ganz gefährlich. Denn was würde passieren, wenn die schwache Stadt sag: Ich muss jetzt Steuern erhöhen um überhaupt noch zu funktionieren. Was würden dann all die wohlhabenden sagen? Die sagen: Dann ziehe ich eben weg. Die, die nicht wohlhabend sind, die werden nicht wegziehen. Die werden aber auch durch meine höheren Steuern nicht beeindruckt sein, denn die zahlen überhaupt keine Steuern. Und auf einmal wird das Umland immer reicher werden, weil die sagen: Naja, wir müssen die Steuern nicht erhöhen, die kommen einfach zu uns. Und wir, die wir die Lasten tragen, auch für das gesamte Land, werden immer schwächer.“***

#### AUTOR

Vor einer solchen Schieflage warnt auch Jörg Bülow – und der Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages warnt auch generell vor allzu großer Euphorie beim Blick auf Modelle zur Gemeindefinanzierung in anderen Staaten. Nicht alles, was anderswo reibungslos funktioniert,

muss auch in Deutschland ein Erfolgsmodell sein – auch Nachbarländer können sich in ihren politischen Systemen zu stark voneinander unterscheiden, mahnt Bülow.

### **Bülow**

***„Die Diskussion gerade über ausländische Modelle wirkt häufig ein wenig wie Rosinenpickerei. Gerade in Skandinavien muss man das Gesamtbild betrachten – das bedeutet, die Kommunen haben nicht nur andere Finanzmittel sondern auch völlig andere Aufgaben insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung, und es gibt die Ebene der Länder nicht so ausgeprägt wie hier. Das heißt wir haben schon völlig andere Voraussetzungen und deswegen bringt der Vergleich nur von einigen Details relativ wenig, man muss schon das Gesamtbild betrachten.“***

### AUTOR

Genau dieses Gesamtbild hat Silke Hinrichsen in Flensburg aber durchaus vor Augen. Für die Einwände und Mahnungen des Kieler Oberbürgermeisters und des Gemeindetages hat sie Verständnis, und sie träumt auch nicht einfach so den schönen Traum von einer reibungslosen Übernahme eines völlig anderen Systems der Gemeindefinanzierung aus dem nördlichen Nachbarland. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen funktionieren, weiß die Landtagsabgeordnete der dänischen Minderheit ganz genau. Solche Veränderungen brauchen Zeit, das geht nur Schritt für Schritt – und der erste dieser Schritte könnte sein, dass Bewohner einer Gemeinde künftig tatsächlich für einen bestimmten Zeitraum eine etwas höhere Einkommenssteuer zahlen, um z.B. ihr Theater vor Ort zu erhalten.

### **Hinrichsen**

***„Also ich denke, in dem System, in dem wir ja hier in der Bundesrepublik leben – das können wir ja auch nicht negieren – ist es einfach ganz sinnvoll, den ersten Schritt vielleicht zu tun und das zuzulassen, dass es möglich ist zu sagen: Für ein Jahr wird mal ein halbes Prozent mehr gezahlt, weil z.B. die kulturellen Einrichtungen, die man gerne alle vor Ort haben möchte, müssen eine bestimmte Sockelfinanzierung haben – dafür zahlen wir ein Jahr lang ein halbes Prozent mehr. Und das bleibt auch tatsächlich in der Stadt und ich sehe auch, dass mein Theater z.B. stehen bleibt. Das würden auch viele – glaube ich – mehr verstehen und für ein Jahr zieht auch niemand weg.“***

### AUTOR

In Dänemark jedenfalls funktioniert das Grundprinzip der Kommunalsteuer sehr gut. Allerdings – auf der Basis einer völlig anderen Gemeindestruktur als in Schleswig-Holstein. Etwa 5einhalb Mio. Dänen leben in knapp 100 Gemeinden – südlich der Grenze gibt es, bei knapp 3 Mio. Einwohnern, deutlich



über 1000 Gemeinden und dazu noch, als eine Verwaltungsebene, die in Dänemark gänzlich fehlt, die Ämter. Die dänische Gemeinde mit durchschnittlich knapp 60.000 Einwohnern ist auch in den Augen des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesrechnungshofs, Alois Altmann, ein sehr interessantes Gebilde – vor allem unter dem Aspekt „Sparsamkeit“. Bei ihrer Kommunalreform haben die Dänen alles richtig gemacht, betont Altmann.

#### **Altmann**

***„Die Unkenrufe, dass da die Wege zu lang und die Probleme zu groß würden, sind nicht eingetreten. Sie haben weiter eine bürgernahe Versorgung und sie haben erreicht, dass die Verwaltungsstrukturen effizienter, schlanker, kostengünstiger, für den Bürger nach wie vor nicht nur gleichbleibend sondern sogar besser sind. Das sollten wir als Vorbild durchaus zur Kenntnis nehmen.“***

#### **AUTOR**

In die richtige Richtung – aber eindeutig zu kurz gesprungen, kritisiert Silke Hinrichsen. Einfach nur eine Verwaltungsstrukturreform, also wieder nur der Versuch, durch Kooperation oder Zusammenlegung von Verwaltungsstrukturen Geld zu sparen – das reicht ihr nicht. Schleswig-Holstein muss endlich die ausgetretenen Pfade verlassen, einen Schritt weiter gehen, als bei allen bisherigen Diskussionen. Eine zentrale Rolle dabei kommt nach Ansicht der Landtagsabgeordneten dem Begriff „Bürgernähe“ zu. In Deutschland werde darunter in erster Linie die räumliche Nähe der Verwaltung zum Bürger verstanden, die Erreichbarkeit eines Amtes oder einer Behörde. In Skandinavien dagegen sind eher Qualität und Quantität kommunaler Leistungen, die Kosten für diese Leistungen und vor allem die Frage, wie eigenständig die lokalen Gremien über diese Leistungen entscheiden können, mit dem Begriff „Bürgernähe“ verbunden. Das funktioniert aber nur auf der Basis einer gesunden Gemeindegröße – die vielen schleswig-holsteinischen Kleingemeinden passen nicht in dieses Konzept, meint Silke Hinrichsen. Ihnen fehlt einfach – wegen ihrer geringen Einwohnerzahl – die notwendige Verwaltungskraft.

#### **Hinrichsen**

***„Ich hoffe eigentlich, dass wir mit Hilfe einer Gemeindegebietsreform, also einer echten Strukturreform, auch langfristig in die Zukunft denken, denn: Das System heute muss ja, wenn wir jetzt was Neues machen, in 5 Jahren halten – das geht ja noch. Aber was ist in 10 und 15 Jahren? Da wollen wir doch gerne, dass weiterhin die Bürgerinnen und Bürger vor Ort Interesse haben an der Kommunalpolitik, an ihrer eigenen Gemeinde. Dieses Interesse müssen wir wach halten, und das – denken wir – können wir wirklich nur über eine sinnvolle Gemeindegebietsreform.“***

AUTOR

Ein paar Zahlen verdeutlichen das Dilemma: Knapp 40 % der Gemeinden in Schleswig-Holstein haben weniger als 500 Einwohner, nicht einmal 20 % haben mehr als 2.000 Einwohner. Ein Großteil dieser kleinen Gemeinden ist derzeit zwar in Ämtern zusammengefasst – das sind aber reine Verwaltungseinheiten, die keine direkt gewählten Vertretungen haben. Der Kreis Nordfriesland ist für Silke Hinrichsen ein Paradebeispiel: Viel zu viele Kleinstgemeinden, die immer mehr Aufgaben durch die Ämter wahrnehmen lassen und dadurch immer stärker ihre Bürgernähe einbüßen – obwohl die Wege zur Verwaltung nicht wirklich länger werden. In solchen Strukturen kann das Modell mit einem kommunalen Aufschlag auf die Einkommenssteuer für die Finanzierung bestimmter Projekte nicht funktionieren – die politische Gemeinde muss deshalb gleich Verwaltungseinheit sein, fordert Silke Hinrichsen.

**Hinrichsen**

***„Gerade Nordfriesland zeigt: In der Ämterstruktur liegt die Chance, diese Ämter umzubauen zu einer Gemeinde, Mindestgröße – Mindestgröße wohlgemerkt – 8.000 Einwohner, ich denke, es müsste inzwischen eher noch mehr sein. Dass dieser Zusammenschluss dieser verschiedenen Gemeinden tatsächlich ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Dörfer auch richtig neu zu strukturieren. Gerade auch in Nordfriesland liegen da sehr große Chancen drin, eine andere Struktur bzw. eine gemeindliche Struktur zu finden, die den Bürgerinnen und Bürgern, die dort leben, mehr helfen würde.“***

AUTOR

Allzu viele positive Beispiele für diese Entwicklung gibt es noch nicht in Schleswig-Holstein. Immerhin – ganz im Nordwesten des Landes, auf der „Insel der Schönen und Reichen“, da hat man offenbar schon die Zeichen der Zeit erkannt: 3 Kommunen haben sich dort zu der neuen „Gemeinde Sylt“ zusammengetan, die politischen Gremien in 3 weiteren Gemeinden beraten derzeit über einen Beitritt. Ein sehr gutes und wichtiges Signal für das ganze Land, glaubt Silke Hinrichsen.

**Hinrichsen**

***„Ich finde so was wie „Sylt“ – der Zusammenschluss immer mehr Gemeinden in einer größeren Gemeinde – dass das der Weg ist der langfristig für die nächsten 10, 15, 20 Jahre die Zukunft für die Kommunen in Schleswig-Holstein sein wird.“***

AUTOR

Auf diesem Weg wird aber noch so manch ein dickes Brett zu bohren sein – dass weiß Silke Hinrichsen sehr gut. Eine echte Kommunalreform in Schleswig-Holstein hinzubekommen, das wird ein Weilchen dauern – oft genug hat sich in der Vergangenheit schon gezeigt, dass es nicht einfach ist, die Widerstände gegen solche Projekte bei Kommunalpolitikern und Bürgern zu überwinden.

**Hinrichsen**

***„Wir sind alle nur Menschen und auch Projekte und Programme sind etwas, was seine Zeit braucht. Das muss einmal im Kopf ankommen, aber auch die Umsetzung dauert. Der Anfang jetzt sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür, wie kann man das umsetzen und all solche Dinge. Und am Anfang wird es auch Geld kosten, also da sollte man sich nun keiner Illusion hingeben, dass man Kommunalreform betreiben kann und nur sparen – das wird gar nicht gehen. Und vor dem Hintergrund denke ich sind meine Schritte so – wenn ich als Vision das so sagen kann – 5, 10 Jahre, 15 Jahre.“***

AUTOR

Und dann, so die Hoffnung von Silke Hinrichsen, sollte eigentlich die Sache mit dem „nur sparen“ vom Tisch sein. Für die künftige Gemeindefinanzierung sollte dann das „dänische Modell“, also eine echte Kommunalsteuer bzw. die Möglichkeit, einen zeitlich begrenzten lokalen Aufschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben, um bestimmte Projekte vor Ort zu bezahlen, seinen Weg über die Grenze nach Süden geschafft haben.

**-ENDE Mohaupt 2-**

**MOD** Es ginge auch anders. Nur SPAREN hilft auch den Kommunen in Schleswig-Holstein nicht. Dietrich Mohaupt vermittelte uns ein interessantes Bild zur Lage.

Morgen dann im Länderreport ab 13.07 Uhr : Vor der Abwahl? Duisburgs Oberbürgermeister Sauerland kämpft weiter um sein Amt.

Am Mikrofon verabschiedet sich von Ihnen Claus Stephan Rehfeld.

**-ENDE Ablaufplan-**